

## Kampf dem Chaos

Die klassischen Formeln der Counter-insurgency und warum man mit ihnen im Irak nicht weit kommt



Dr. LINDSAY P. COHN, geb. 1977, ist Post-Doctoral Fellow bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Lindsay P. Cohn | **Wenn es um Aufstandsbekämpfung im Irak geht, ist auch hierzulande oft die Rede von „Counter-insurgency“. Eine exakte deutsche Entsprechung fehlt, und wer den Begriff kennt, assoziiert ihn mit dem Vietnam-Krieg. Beides trägt eher zur Verwirrung über die amerikanische Strategie im Nahen und Mittleren Osten bei. Ein Klärungsversuch.**

Was ist Counter-insurgency? Sagen wir mal so: Wenn es das ist, was die Amerikaner in Vietnam gemacht haben – bekanntlich mit mäßigem Erfolg – dann wäre es wohl nicht allzu klug, diese Taktik im Irak wieder auszuprobieren, und die beste Lösung wäre ein sofortiger Abzug. Wenn man dagegen gar nichts Konkretes mit dem Begriff zu verbinden weiß, geschweige denn, dass man sich im Klaren wäre, was Counter-insurgency alles impliziert, dann liegt der Schluss nahe, die Amerikaner sollten sich auf den Wiederaufbau konzentrieren statt Terroristen zu jagen: Denn wenn das Land wieder über funktionierende Strukturen verfügte und frei von fremder Besatzung wäre, dann würden die Terroristen doch wohl ihre Attacken einstellen.

Beide Sichtweisen stellen keine völlige Verdrehung, aber doch eine grobe Vereinfachung der Tatsachen dar. Eine Begriffsklärung tut not – gerade in einem Land, in dem die öffentliche Diskussion über Counter-insurgency so langsam in die Gänge kommen müsste. Denn die Bundeswehr ist bereits massiv in Counter-insurgency-Operationen in Afghanistan verstrickt, und sie sucht noch nach einer Strategie.

Wie schon der Begriff nahelegt, ist Counter-insurgency zunächst einmal eine Antwort auf Aufstände. Insurgency steht üblicherweise für eine organisierte Rebellion, die darauf abzielt, die Bevölkerung gegen die Regierung zu mobilisieren und deren Legitimität zu unterminieren. Es handelt sich also um eine Strategie mit einem langfristigen politischen Ziel, die ganz unterschiedliche Methoden einschließlich Guerilla-Kriegführung, einzelne Erhebungen,

organisierte reguläre Kriegführung, Propaganda, Terror, Entführungen sowie Angriffe auf die Infrastruktur beinhaltet. Weder Insurgency noch Counter-insurgency sind ausschließlich militärische Strategien. Wer Counter-insurgency betreibt, kann die Legitimität der eingesetzten Regierung nicht aufrechterhalten, indem er sich auf die Tötung der Aufständischen beschränkt – wenngleich das häufig nötig sein kann. Und obgleich im Grunde jeder, der für die Regierung arbeitet, Gefahr läuft, das Opfer von Gewalt zu werden, trägt zumeist in erster Linie das Militär die Bürde bei Counter-insurgency-Operationen, auch wenn andere Akteure vielleicht geeigneter wären. Denn nur das militärische Personal kann jederzeit für die eigene Sicherheit sorgen, und in der Regel akzeptiert man auch nur hier die Gefahr, zu sterben oder ernsthaft verletzt zu werden, als normalen Teil seines Jobs.

### Schiitische Todesschwadronen

Es ist ein Schlüsselerkenntnis der Counter-insurgency-Lehre, dass fremde Streitkräfte selten über das nötige Wissen verfügen, um Aufständische zu bekämpfen. Folglich muss das von einheimischen Kräften erledigt werden. Und so verwenden die USA einen Großteil ihrer Energie darauf, eine irakische Armee und eine irakische Polizeitruppe auszubilden. Ein erhebliches Hindernis sowohl bei der Rekrutierung für die Sicherheitskräfte als auch beim Versuch, ihnen Legitimität zu verschaffen, stellt der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten dar. Nach Ansicht vieler Sunniten sind die Sicherheitskräfte nicht viel mehr als schiitische Todesschwadronen mit offizieller Genehmigung, und leider trifft das häufig zu. Die Amerikaner haben daher besondere Anstrengungen unternommen, Sunniten in die Sicherheitskräfte zu integrieren. Das war vergleichsweise erfolgreich in der Provinz Anbar, wo einige sunnitische Gruppen vom irakischen Al-Qaida-Zweig enttäuscht sind. Obgleich die Sunniten den Amerikanern misstrauen und glauben, dass diese eine eindeutig schiitisch dominierte Regierung favorisieren, sehen sie ein, dass sie amerikanische Hilfe brauchen, wenn sie Al-Qaida loswerden wollen. Vielleicht wird ihnen auch langsam klar, dass die Chancen für ein funktionierendes Machtteilungsabkommen besser stehen, wenn sie mit den Amerikanern zusammenarbeiten, als wenn sie sie aus dem Land werfen und dem Iran gestatten, der wichtigste Entscheider über die politische Struktur des Irak zu werden.

Den Sunniten ist klar, dass sie amerikanische Hilfe brauchen, wenn sie Al-Qaida loswerden wollen.

Um Vertrauen aufzubauen, den Irakern dabei zu helfen, Erfahrung zu sammeln und den Informationsaustausch zu verbessern, haben die Koalitionstreitkräfte Militärbasen eingerichtet, die gemeinsam mit irakischen Sicherheitskräften genutzt werden. Daneben versucht man, die Aufständischen von Ressourcen abzuschneiden, und greift sie auch militärisch an. All das ist freilich nicht immer von Erfolg gekrönt, und einige Versuche des US-Militärs, die Disziplin in der Truppe zu stärken, sind fehlgeschlagen. Stattdessen ist es zu Verbrechen an Zivilisten gekommen, und das hat das Vertrauen weiter untergraben.

### Aufstand oder Bürgerkrieg?

Die klassische Counter-insurgency-Lehre bietet keine Lösung für eine Situation, in der Aufständische das Land schlicht und ergreifend unregierbar machen wollen statt zu versuchen, selbst eine Regierung zu bilden. Der Aufstand im Irak etwa zielt in erster Linie darauf ab, ein Chaos zu verursachen. Damit soll nicht behauptet werden, dass die Sunniten kein Bedürfnis danach hätten, in Frieden zu leben. Doch sind viele von ihnen der Meinung, dass eine durch die Schiiten kontrollierte Regierung die Vernichtung der Sunniten bedeuten würde. Für sie ist Chaos besser als Völkermord. Sie fürchten den Einfluss des schiitischen Iran, und sie sind sich vermutlich im Klaren darüber, dass das sunnitische Saudi-Arabien wohl kaum in einen Krieg gegen den

Aus Sicht der Sunniten ist Chaos im Zweifel besser als Völkermord.

Iran um die Herrschaft im Irak ziehen wird. Viele der sunnitischen Aufständischen sehen daher ihre einzige Hoffnung darin, eine Situation der Unregierbarkeit aufrechtzuerhalten. Dagegen vorzugehen ist weitaus schwieriger als gegen eine Bewegung mit einem konkreten Ziel. Chaos ist weitaus einfacher zu veranstalten als zu verhindern. Und was die ausländischen „Dschihadisten“ im Irak angeht, Al Qaida und Konsorten: Die behaupten vielleicht, in der Schaffung eines neuen Kalifats letztlich ein politisches Ziel zu verfolgen, doch ihr unmittelbares Ziel ist es schlicht und ergreifend, Gewalt gegen Schiiten auszuüben. Den Schiiten wiederum geht es in erster Linie darum, den Sunniten nicht zu gestatten, überproportional großen Einfluss zu erlangen.

Der Militärgeschichtler Stephen Biddle hat die These aufgestellt, der Konflikt im Irak sei keine Erhebung im klassischen maoistischen Sinne, sondern ein Bürgerkrieg, und dass daher die Anwendung einer klassischen Counter-insurgency-Methode das Problem nicht lösen werde. Er behauptet, der einzige Weg, den Irak zu befrieden, sei es, alle Seiten zu überzeugen, einem Machtteilungsabkommen zuzustimmen und die Einhaltung des Abkommens durch das US-Militär abzusichern.<sup>1</sup> Wenn Biddle Recht hat, dann besteht die einzig mögliche Lösung darin, jede der Parteien zu überzeugen, dass die andere keinen Völkermord plant. Es wäre ein wichtiger Schritt zu demonstrieren, dass sie fähig zum Kompromiss und zur Kooperation sind, etwa durch die ja bereits stattfindende Zusammenarbeit in Polizei und Streitkräften. Im Übrigen ist nicht bekannt, ob der Chef der US-Streitkräfte im Irak, General David Petraeus, und das übrige militärische Führungspersonal Biddles Meinung teilen. Doch in jedem Fall dürfte Petraeus sich der Tatsache bewusst sein, dass die politischen Vorgaben aus Washington darin bestehen, die irakischen Sicherheitskräfte soweit zu trainieren, dass die Amerikaner so bald wie möglich abziehen können. Er weiß also eines: Er kann Biddles Empfehlungen niemals umsetzen – denn das würde eine fortdauernde amerikanische Besatzung nach sich ziehen.

Eine der ersten Fragen, die jeder Kritiker des Irak-Kriegs stellen könnte, ist: Warum haben die Amerikaner so lange gebraucht, um zu verstehen, dass sie darum würden kämpfen müssen, der neuen irakischen Regierung Legitimität

<sup>1</sup> Stephen Biddle: Seeing Baghdad, Thinking Saigon, *Foreign Affairs*, März/April 2006, S. 2–14.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

© Hoagland / Redux / laif

Provinz Diyala, März 2007: Die US-Armee nimmt Männer fest, die Aufständischen geholfen haben

zu verschaffen? Warum haben sie es zugelassen, dass die Aufstandsbewegung Fuß fasst, und warum haben sie mit Counter-insurgency erst angefangen, als es praktisch zu spät war? Nun, zum Teil liegt das daran, dass die Entscheidungsträger zum Zeitpunkt des Einmarschs, Verteidigungsminister Rumsfeld, sein Stellvertreter Wolfowitz, Präsident Bush und andere, glaubten, dass der Irak über exzellente soziale, ökonomische und politische Grundlagen für eine Demokratie verfüge und der Großteil der Institutionen intakt bleiben würde, wenn Saddam Hussein entfernt sei. Sie dachten, dass sich die Frage nach der Legitimität einer neuen demokratischen Regierung nicht stellen würde, und sie hatten keinen Plan, wie mit Widerstand umzugehen wäre.

Hinzu kommt die Tatsache, dass das US-Militär aus Vietnam die Lehre gezogen hatte, die amerikanische Öffentlichkeit sei nicht gewillt, aktive Counter-insurgency-Missionen zu unterstützen, weil die in der Regel etwas länger dauern und zum traditionellen amerikanischen Ideal eines fairen Kampfes nicht so recht passen wollen. Daher halten es bestimmte Fraktionen innerhalb der Streitkräfte geradezu für ihre Pflicht, sich mit Counter-insurgency-Aktionen nicht weiter zu beschäftigen. Denn wenn sie zu solchen Einsätzen jederzeit in der Lage wären, könnte das die Politiker dazu ermuntern, sich in Missionen zu stürzen, aus denen sie nicht mehr herauskommen – schon gar nicht siegreich. Eine andere Fraktion wiederum argumentiert dahingehend, dass Politiker die Streitkräfte in derartige Situationen manövrieren werden, ob das Militär dafür gerüstet ist oder nicht, und dass es daher besser ist, vorbereitet zu sein.

## Die Paradoxien des Generals Petraeus

Die aktuelle Counter-insurgency-Doktrin der Amerikaner basiert nicht nur auf den eigenen Erfahrungen in Vietnam, El Salvador und auf den Philippinen, sondern auch auf denen der Briten in Malaya und anderswo, der Franzosen

namentlich in Algerien sowie der Niederländer in Ostindien. Daneben beruht sie auf den großen Traktaten zum Thema, etwa von Mao, Che Guevara, Lawrence von Arabien und vielen anderen. Diese Doktrin bildet einen äußerst brauchbaren Rahmen für derartige Operationen. Im Mittelpunkt steht die Mahnung, dass man die Menschen in den Ländern, um die es geht, verstehen und respektieren müsse. Eine Mahnung, die gleichzeitig Stärke und Schwäche der Doktrin ist. Natürlich ist es unmöglich, Einfluss über eine Gruppe zu erlangen, solange man die Beziehungen, Kommunikationskanäle und Werte der beteiligten Menschen nicht kennt. Das gilt umso mehr, wenn die Aufständischen lokale Wurzeln haben, wie es fast immer der Fall ist. Das Problem bleibt aber: Wie praktikabel ist dieser Rat tatsächlich? Denn Militärs haben in der Regel nicht unbegrenzt Zeit zur Verfügung, um sich auf eine Counter-insurgency-Kampagne vorzubereiten, und so werden sie das grundlegende Verständnis und den Respekt der Menschen in der Regel erwerben müssen, wenn der Konflikt schon begonnen hat.

Die Doktrin geht davon aus, dass der beste Weg, eine Aufstandsbewegung zu bekämpfen, in dem Versuch bestehe, sie im Entstehen zu erkennen und abzuwürgen. Wenn das scheitere, solle man sie frühzeitig, in ihrer Konsolidierungsphase zu packen bekommen und eindämmen. Wenn beides schief gehe, müsse ein Land, das erfolgreich Counter-insurgency betreiben will, mindestens zehn Jahre und ausreichend Personal in den Kampf investieren. Mehr noch, das

Die Sicherheit der lokalen Bevölkerung ist wichtiger als die der Besatzungsmacht.

Land müsse bereit sein, erhebliche Risiken für das Leben der Menschen, die es einsetzt, in Kauf zu nehmen. Es gehört zu den von General Petraeus beschriebenen „Paradoxien der Counter-insurgency“, dass die Macht, die Counter-insurgency betreibt, die Sicherheit der Bevölkerung im Land über ihre eigene stellen muss. Das bedeutet Verluste. Zu diesen Paradoxien gehören außerdem die Erkenntnis, dass selbst „humanitäre“ Aktionen von der lokalen Bevölkerung als illegitim erachtet werden können, die Tatsache, dass Aktionen, die notwendig sind, Resultate am Boden zu erzielen, in den Augen des Truppen stellenden Landes nicht wie ein Erfolg, sondern wie ein Scheitern aussehen können und so weiter und so fort.

Jeder Staat, der sich in irgendeiner Weise um die Stabilisierung und Entwicklung fremder Länder bemüht, muss begreifen, dass er an einem bestimmten Punkt mit dem Problem von Aufständen konfrontiert sein wird, und er muss sich entscheiden, ob er abzieht oder dagegenhält. Wenn Deutschland eine eigene Counter-insurgency-Doktrin entwickelt – und das wird es sicher wollen –, dann gilt es, die Illusion zu vermeiden, Erfolge beim Wiederaufbau ließen sich ohne integrierte Militäraktionen und ohne eigene Verluste erzielen. Counter-insurgency ist eine heikle und schwierige Mission, und je intensiver sie in der öffentlichen Debatte thematisiert wird, desto besser wird ein Staat darauf vorbereitet sein, mit ihren Widersprüchen fertig zu werden, wenn die Zeit kommt.